

Wilsdruffer Tageblatt

Rationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar 20 Pfennig. Abonnementpreis 6 Mark pro Vierteljahr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weixen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharand, Finanzamts Rosfen.

Nr. 145. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff-Dresden — Donnerstag, 25. Juni 1925

Beginn des Zollkampfes.

Zu der ersten Beratung der Zollvorlage im Reichstag wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben:

Schon mit der Aufwertungsfrage und den Steuervorlagen hat der Reichstag reichlich zu tun; nun tritt auch noch die Zollvorlage hinzu, die mit den beiden anderen Gesetzeswürfen vor allem das eine gemeinsam hat, ebenso umstritten zu sein wie diese.

Vielleicht sogar noch umstrittener. Nur über eines sind sich alle Parteien einig, darüber nämlich, daß wir an eine Durchsicht und eine Modernisierung unseres Zolltarifs herangehen müssen, der ja auf das ehrwürdige Alter von 23 Jahren zurückgeht. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie einen neuen Zolltarif haben muß, weil sie nicht erst vor Handelsvertragsverhandlungen mit zahlreichen anderen Staaten steht, sondern seit langem mitten darin ist. Schon mehrfach habe sich dabei herausgestellt, daß der Mangel an einem neuen Zolltarif unsere Position in diesen handelspolitischen Kriegen ziemlich schwäche.

Es ist allerdings ein hartes parlamentarisches Mägen haben, da sich noch nicht einmal die hinter der Regierung stehenden Parteien einig sind. Besonders im Zentrum, wo sich Verbraucher und Erzeuger sozusagen die Waage halten, gehen die Anschauungen sehr erheblich auseinander und offenbaren damit den schwachen Punkt, auf den sich die Angriffe der Zollgegner richten werden. Hierbei spielt eigentlich nur der Kampf um die Landwirtschaftszölle eine Rolle, während in diesem handelspolitischen Ringen ziemlich schwache Stellen haben, da sie noch nicht einmal die hinter der Regierung stehenden Parteien einig sind. Besonders im Zentrum, wo sich Verbraucher und Erzeuger sozusagen die Waage halten, gehen die Anschauungen sehr erheblich auseinander und offenbaren damit den schwachen Punkt, auf den sich die Angriffe der Zollgegner richten werden. Hierbei spielt eigentlich nur der Kampf um die Landwirtschaftszölle eine Rolle, während in diesem handelspolitischen Ringen ziemlich schwache Stellen haben, da sie noch nicht einmal die hinter der Regierung stehenden Parteien einig sind.

Das reine Freihandertum, wie es unter dem Einfluß des englischen Manchesterismus im vergangenen Jahrhundert beherrschend war, ist ja längst zu Grabe getragen, nicht zuletzt im Mutterlande dieses Freihandels, England selbst. Wir befinden uns weltzollpolitisch in einer Zeit eines allgemein herabgehenden anstehenden Zollschutzes, der in vielen Ländern über den Hochschutzzoll hinaus zu einer absoluten Fernhaltung ausländischer Waren geführt hat. Das kann natürlich auf die deutsche Zollpolitik, damit auf die Gestaltung unseres Zolltarifs nicht einflußlos bleiben. Zum Unglück für uns sind es gerade mehrere unserer Nachbarn, die ununterbrochen ihre Zollmauern erhöhen, also jene Länder, in die vor dem Kriege der Hauptteil unserer Ausfuhr gegangen ist. Besonders rücksichtslos verfahren dabei die Tschechoslowakei, Frankreich und Polen. England schützt sich durch die 25prozentige Abgabe auf die deutschen Einfuhrwaren und hat außerdem ein Industriezollgesetz, wonach jede Industrie einen Zollschutz verlangen kann, wenn vom Ausland her Waren ihrer Gattung zu niedrigeren Preisen eingeführt werden als die entsprechende englische Industrie produzieren kann.

Nicht minder schwierig ist die Behandlung der Landwirtschaftszölle, aus dem einfachen Grunde nämlich, weil der einfache Warenaustausch: deutsche Industrieprodukte gegen ausländische Lebensmittel nicht mehr möglich ist. Es gibt gar keine reinen Agrarländer mehr, sondern in Argentinien z. B., vor allem natürlich in Nordamerika, unsere Hauptlieferanten für Agrarprodukte, sind riesenhafte Industrien entstanden, die den industriellen Eigenbedarf ihrer Länder überreichlich decken. Ebenso ist die deutsche Industrie längst von ihrem Standpunkt abgekommen, eine möglichst freie Lebensmittel-einfuhr zu verlangen, dadurch die Preise dieser Lebensmittel zu halten. Man zerschlug damit gleichzeitig die Auffassung der Landwirtschaft, daß die Preise der Lebensmittel nicht mehr, als das durch höhere Löhne und Lebensmittelpreise geschehen konnte.

Das ist also seit 1902 die gesamte welt-handels- und zollpolitische Lage wesentlich geändert und mußte diesen Änderungen bei der Zolltarifvorlage Rechnung getragen werden, so ist noch etwas anderes bei der Beurteilung der Höhe der einzelnen Zollsätze zu beachten. Entsprechend den vielfachen Änderungen der früheren und der jetzigen Regierung kennt man nicht an einen Hochschutzzoll oder gar Prohibitionszoll. Im wirtschaftlichen Leben bleiben dererert künstlich gezüchtete Freihandelsblüten doch nie lange an dem Leben. Vielmehr stellt ein großer Teil der Zollsätze nur eine Milderherstellung der alten Tarifsätze dar. Das ist aber praktisch eine Herabsetzung des Zollschutzes, weil ja die Preise fast aller Produkte auf der ganzen Welt gemessen an den Preisen von 1913 zum Teil sogar bedeutend höhere sind, der alte Zollsatz also einen weit geringeren Prozent-

Der Stand der deutsch-franz. Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 24. Juni. Zu dem Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wird dem Vertreter der Telegraphenunion von zuständiger deutscher Seite folgendes mitgeteilt: Die überreichte deutsche Note gipfelt in der Feststellung, daß die von deutscher Seite gemachten Zugeständnisse durch die französischen Konzessionen bisher nicht genügend aufgewogen sind. Das Dokument wurde um 7.30 Uhr dem französischen Verhandlungsleiter überreicht. Gleichzeitig schlug Staatssekretär Trenkelburg vor, um 10 Uhr eine Plenarsitzung abzuhalten, da angenommen wurde, daß die französische Abordnung bis dahin bereits in eine erste Prüfung des deutschen Schrifttums eingetreten sei. Die Sitzung, die, wie bereits gemeldet, sich bis 1 Uhr morgens hinzog, nahm einen mitunter stürmischen Verlauf, doch gelang es, einen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern, was offenbar als günstiges Zeichen zu deuten ist. Die französischen Unterhändler beantragten schließlich, daß die deutsche Abordnung ziffernmäßig mitteile, welche weiteren Konzessionen sie von Frankreich beantrage. Bisher hat man es auf deutscher Seite bei einer allgemeinen Benennung der Warengruppen bewenden lassen. Eine zweite deutsche Note, die entsprechend den französischen Wünschen eine ziffernmäßige Aufstellung der noch nötigen französischen Konzessionen enthält, wird am nächsten Donnerstag überreicht werden. Bis dahin ruhen die Verhandlungen.

Sthamer bei Chamberlain.

Berlin, 24. Juni. Der „Tag“ meldet aus London: Der deutsche Botschafter Sthamer hatte gestern im Auswärtigen Amt mit Chamberlain eine Unterredung, in der er auseinandersetzte, warum Deutschland weitere Einzelheiten bezw. Erklärungen über die Pariser Note erbäte.

Krieg zwischen Tchangsolin und Feng.

Newyork, 24. Juni. Nach Telegrammen aus Hongkong steht der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den Truppen des Generals Tchangsolin und denen des Generals Feng

unmittelbar bevor. Die einzelnen Formationen sind bereits zusammengezogen und beginnen Stellungen auszubilden. In Peking und Schanghai ist der Belagerungszustand verhängt worden. In Peking wird eine neue große ausländereindliche Kundgebung erwartet. Die Engländer haben zum Schutz des Fremdenviertels Verstärkungen herangezogen. Der Sowjet-Botschafter in Peking erhofft von einer chinesisch-russischen Konferenz die Beilegung des Konflikts und ist in dieser Absicht bei der Pekingregierung vortrefflich geworden. Ein bewaffneter Haufe Aufständischer griff die Zollstation in Ninglo an. Ein Japaner und ein Russe wurden getötet, das Gebäude vollkommen zerstört. Ein amerikanischer Zerstörer ist nach Ninglo unterwegs.

Der Zusammenstoß in Kanton.

Eigener Fernsprechnotiz des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 24. Juni. Wie die „Morgenblätter“ aus Kanton melden, veranstalteten etwa tausend chinesische Studenten, Arbeiter, Bürger und Soldaten gestern nachmittags einen Umzug um die europäische Niederlassung Schameel. Als sie sich gegenüber dem Viktoriahotel in der britischen Konzeßion befanden, entstand eine Schießerei. Englische und französische Marine-soldaten erwiderten das Feuer mit Maschinengewehren. Das Schießen dauerte zwanzig Minuten. Der französische Kaufmann Tasquier wurde getötet. Der Zollkommissar Edwards sowie ein britischer Marine-soldat und zwei Zivilisten wurden verwundet.

Sowjetrussische Kriegsschiffe vor Kopenhagen.

Eigener Fernsprechnotiz des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Kopenhagen, 24. Juni. Gestern ging hier ein Geschwader, bestehend aus ungefähr zehn Kriegsschiffen der sowjetrussischen Marine, vor Anker. Drei dänische Militärflugzeuge trafen bald darauf ein, um an der Südspitze Langelands vorläufig Aufenthalt zu nehmen.

Deutsch-englische Beziehungen

London, 23. Juni.

Der frühere englische Kriegsminister Lord Haldane, der durch seine Berliner Verhandlungen im Jahre 1912 über ein Flottenabkommen mit Deutschland bekannt geworden ist, hielt im „Nichtiger-Klub“ in London eine vielbeachtete politische Rede über die deutsch-englischen Beziehungen, in der er natürlich auch die politischen Probleme streifte, die gegenwärtig die großen Nationen lebhaft beschäftigen. Lord Haldane brandmarkte den Vertrag von Versailles und wandte sich gegen die französischen Gewaltpolitiker. Er betonte weiter, er glaube, daß Bismarck den Frieden aufrechterhalten hätte, wenn er für das Schicksal Deutschlands verantwortlich gewesen wäre. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten stöße ihm innerlich Befremdung ein. Er glaube vielmehr, daß Hindenburg ein „Sicherheitsventil“ für die rechtsradikalsten Bestrebungen sei.

Lord Haldane fuhr fort: Der von Deutschland vorgeschlagene Pakt bestehe darin, daß man lieber zu einem Schiedsspruch seine Zuflucht nehmen solle, als sogleich zum Schwerte zu greifen. Die ganze Angelegenheit sei vom Schiedsgerichtsgedanken durchdrungen. „Wir müssen Deutschland uneingeschränkt fair behandeln und uns daran erinnern, daß wie gleichfalls ein Interesse an dem in Frage kommenden Gebiet besitzen. Wir können uns nicht über die Tatsache hinwegsetzen, daß es in unserem Interesse liegt, den Frieden in jenem Winkel Europas zu sichern, der unser Stützpunkt gegen jeden Feind ist, von welcher Seite er auch kommen möge.“ Deshalb, so fuhr Haldane fort, sei er dafür, daß die Grenzen aufrechterhalten würden, selbst im eigenen Interesse Englands. Deutschland habe einen Pakt angeboten, den er für sehr vorteilhaft für Großbritannien halte, wenn er in dem Geiste ausgeführt werden könnte, in dem er geschehen sollte. Der Völkerverbund sei eine glänzende Seite im Buche der Weltgeschichte, aber er schwebe doch etwas in der Luft.

Chamberlain über den Sicherheitspakt.

London, 23. Juni.

Mit großer Spannung erwartet man in hiesigen Kreisen die Rede des englischen Außenministers, die er morgen im Unterhause über den Sicherheitspakt halten wird. Chamberlain hat bereits dem Kabinet Bericht über seine Genser Reise erstattet und in kurzen Umrissen seine beabsichtigte Unterhausrede mitgeteilt. Die englische Öffentlichkeit interessiert sich jedenfalls sehr für die Sicherheitsfrage und ist mit Nachrichten über diese Materie nach wie vor gefüllt.

Handwerk und Metallindustrie.

In einer Sitzung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks in Berlin wurde zur Zollvorlage Stellung genommen. Der Verband erkennt die Notwendigkeit eines gewissen Zollschutzes an. Es müsse angestrebt werden, den Bedarf des deutschen Volkes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen möglichst im Inlande zu decken. Hierfür seien mögliche Schutzzölle für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht zu vermeiden.

Der Reichsverband der Deutschen Metallindustrie faßte eine Entschließung, wonach das Streben der deutschen Wirtschaft auf eine wesentliche Ermäßigung aller Rohstoff- und Halbzeugzölle auf eine Verringerung aller tarifschwerfenden gewerblichen Maßnahmen, auf Erreichung günstiger Handelsverträge und auf Herabsetzung der Frachten gerichtet sein müsse. Der der Industrie zu gewährenden Zollschutz soll daher grundsätzlich nur der Öffnung der Auslandsmärkte durch Gewährung der Reichsbegünstigung und angemessener Vertragszölle, nicht aber der Hebung der Inlandspreise dienen.